



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen / Vergabe /
Internationales**

Herr Gebauer

Telefon: (0221) 221 21960

Fax: (0221) 221 21922

E-Mail: fabian.gebauer@stadt-koeln.de

Datum: 29.03.2016

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 25.01.2016, 17:00 Uhr bis 19:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bernd Petelkau	CDU
Herr Gerrit Krupp	SPD
Herr Christian Joisten	SPD
Frau Monika Möller	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Herr Werner Marx	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Berivan Aymaz	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Frau Julia Woller	GRÜNE
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Herr Volker Görzel	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Franz Hess	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Kühle	FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen)
Herr Peter Mees	
Herr Thomas Hegenbarth	PIRATEN
Herr Markus Wiener	pro Köln
Herr Marcel Adolf	auf Vorschlag der StadtAG Behindertenpolitik
Herr Stefan-Lazar Mitu	INK
Herr Alf Bernd Spröde	Völklinger Kreis e.V.

Frau Valentina Kerst	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Annette Wittmütz	auf Vorschlag der SPD
Herr Axel Hopfauf	auf Vorschlag der CDU
Herr Christoph Schmitz	CDU
Frau Alexandra Staufenbiel	auf Vorschlag der CDU
Frau Inge Duman	auf Vorschlag der Grünen

Verwaltung

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen	
Frau Susanne Hohenforst	
Herr Dr. Andreas Engel	Amt für Informationsverarbeitung (12)
Herr Uwe Grimsehl	Abteilung Bauwerksunterhaltung (69)
Herr Wolfgang Heintz	Amt für Personal, Organisation und Innovation (11)
Herr Engelbert Rummel	Amt für öffentliche Ordnung (32)
Herr Gero Schmidt	Zentrales Vergabeamt (27)
Herr Frieder Wolf	Internationale Angelegenheiten (01-4)

Behindertenbeauftragter

Herr Günther Bell

Gesamtpersonalrat

Herr Ulrich Langner

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eli Abeke	BÜNDNIS 14
----------------	------------

Beratende Mitglieder

Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE
Herr Tjark Sauer	Linke

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Björn Blank	SC Janus e.V.
------------------	---------------

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Christine Kronenberg

Herr Petelkau eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Frau Monika Krüger wird auf Vorschlag der Verwaltung einstimmig zur Schriftführerin der Sitzung ernannt. Des Weiteren trägt der Vorsitzende folgende Vorschläge der Verwaltung zur Aufnahme in die Tagesordnung vor:

I. Öffentlicher Teil

- 2.1 Delegiertenversammlung Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

- 4.3 Brüsseler Platz in Köln-Neustadt/Nord
hier: Durchführung einer Ideenwerkstatt
4096/2015

- 4.4 Gutachten zur Funktionsfähigkeit des Kölner Taxigewerbes
0008/2016

- 4.5 Evaluierung zur Anpassung der Verfahrensweise bei Ahndung des Verkehrsverstoßes "Nutzung der Kölner Umweltzone ohne grüne Feinstaubplakette"
0043/2016

- 4.6 Delegiertenversammlung Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)
0175/2016

- 4.7 3. Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im zweiten Halbjahr 2016
0142/2016

- 4.8 Situation in Porz Finkenberg
3354/2015

- 4.9 Maßnahmenpaket zur Steigerung der Sicherheit in Köln - Straßenkarneval
2016
0260/2016

- 6.1.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Die Linke (AN/1943/2015) – bestehende sachgrundlose Befristungen
0062/2016

- 6.2 Sicherheit und Spaß im Karneval: Aufklärung statt Verbote
AN/0167/2016

- 6.2.1 Sicherheit und Spaß im Karneval: Aufklärung statt Verbote - Anfrage der Piratengruppe im Rat der Stadt Köln vom 20.01.2016 (AN/0167/2016)
0273/2016

- 6.3 Entwicklung der Kontrolle von Waffen und Munition in Köln
AN/0168/2016

- 6.3.1 Beantwortung einer Anfrage (AN/0168/2016) der Piratengruppe-- Entwicklung der Kontrolle von Waffen und Munition in Köln
0289/2016

- 8.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Konzept "Mehr Präsenz und Ahndung durch verstärkten Ordnungsdienst" - Besetzung der vorgesehenen weiteren 60 Planstellen
hier: Sofortmaßnahmen nach den Geschehnissen in der Silvesternacht"
AN/0152/2016
- 8.2 Sicherheit im öffentlichen Raum
AN/0200/2016
- 10.2 Verhandlungen über die Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung des Landes NRW in Köln
3776/2015
- 10.3 Ahndung von Ordnungswidrigkeiten "Wildpinkler"
0230/2016
- 10.4 Benennung von Mitgliedern in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit nach § 379 Abs. 3 SGB III
0051/2016

Herr Petelkau merkt an, dass die vielen Tischvorlagen durch die Verwaltung ungünstig für die Vorbereitung seien. Er bittet zukünftig um eine Reduzierung dieser Zusetzungen.

Herr Richter schlägt die Zusammenlegung der TOP 4.9, 8.1 und 8.2 aufgrund ähnlichen Inhaltes vor. Das Gremium nimmt diesen Vorschlag an.

Der Ausschuss erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einverstanden:

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 2 Internationales**
 - 2.1 Delegiertenversammlung Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)
- 3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**
 - 3.1 Rheinboulevard: Umsetzung des Reinigungs- und Nutzungskonzeptes -
AN/1788/2015
3922/2015
 - 3.2 Jahresbericht der Kölner Anti Spray Aktion - Anregung
3895/2015

4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Stellungnahme der Verwaltung zur Resolution der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik: „Barrierefreies Wohnen“
3518/2015
- 4.2 Aktionen gegen illegale Autorennen und überhöhte Geschwindigkeiten
3547/2015
- 4.3 Brüsseler Platz in Köln-Neustadt/Nord
hier: Durchführung einer Ideenwerkstatt
4096/2015
- 4.4 Gutachten zur Funktionsfähigkeit des Kölner Taxigewerbes
0008/2016
- 4.5 Evaluierung zur Anpassung der Verfahrensweise bei Ahndung des Verkehrsverstoßes "Nutzung der Kölner Umweltzone ohne grüne Feinstaubplakette"
0043/2016
- 4.6 Delegiertenversammlung Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)
0175/2016
- 4.7 3. Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im zweiten Halbjahr 2016
0142/2016
- 4.8 Situation in Porz Finkenberg
3354/2015
- 4.9 Maßnahmenpaket zur Steigerung der Sicherheit in Köln - Straßenkarneval 2016
0260/2016

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

- 6.1 Bestehende sachgrundlose Befristungen
AN/1943/2015
- 6.1.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Die Linke (AN/1943/2015) - bestehende sachgrundlose Befristungen
0062/2016

- 6.2 Sicherheit und Spaß im Karneval: Aufklärung statt Verbote
AN/0167/2016
- 6.2.1 Sicherheit und Spaß im Karneval: Aufklärung statt Verbote - Anfrage der Piratengruppe im Rat der Stadt Köln vom 20.01.2016 (AN/0167/2016)
0273/2016
- 6.3 Entwicklung der Kontrolle von Waffen und Munition in Köln
AN/0168/2016
- 6.3.1 Beantwortung einer Anfrage (AN/0168/2016) der Piratengruppe-- Entwicklung der Kontrolle von Waffen und Munition in Köln
0289/2016
- 7 Mündliche Anfragen**
- 8 Anträge**
- 8.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Konzept "Mehr Präsenz und Ahndung durch verstärkten Ordnungsdienst" - Besetzung der vorgesehenen weiteren 60 Planstellen
hier: Sofortmaßnahmen nach den Geschehnissen in der Silvesternacht"
AN/0152/2016
- 8.2 Sicherheit im öffentlichen Raum
AN/0200/2016
- 9 Platzvergaben**
- 10 Allgemeine Vorlagen**
- 10.1 Brüsseler Platz - Das Jahr 2015
3766/2015
- 10.2 Verhandlungen über die Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung des Landes NRW in Köln
3776/2015
- 10.3 Ahndung von Ordnungswidrigkeiten "Wildpinkler"
0230/2016
- 10.4 Benennung von Mitgliedern in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit nach § 379 Abs. 3 SGB III
0051/2016
- 11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**

II. Nichtöffentlicher Teil

12 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

13 Mitteilungen der Verwaltung

13.1 Abrechnung der Call-Center Dienstleistungen bei 1000/3 - Zentrale Dienste - Bürgertelefon
3486/2015

14 Schriftliche Anfragen

15 Mündliche Anfragen

16 Anträge

17 Allgemeine Vorlagen

17.1 Prüfbericht Vergabe, Vertragsgestaltung und Abrechnung von Architektenleistungen durch 56 - Amt für Wohnungswesen
3550/2015

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Internationales

2.1 Delegiertenversammlung Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Rheinboulevard: Umsetzung des Reinigungs- und Nutzungskonzeptes - AN/1788/2015 3922/2015

Herr Richter bittet darum, diese Anfrage zur Nutzung des Rheinboulevards an Silvester von der Verwaltung nicht als erledigt anzusehen. Die Verwaltung solle zu gegebener Zeit ein entsprechendes Sicherheitskonzept, insbesondere mit Blick auf den Jahreswechsel 2016/2017, vorstellen. Zudem fragt Herr Richter nach, warum es bei der bisherigen Gebührenvereinbarung zwischen AWB und der Stadt Köln hinsichtlich der Reinigung des Rheinboulevards keine mögliche Sonderreinigung zu Silvester gäbe.

Herr Grimsehl antwortet, dass in dem aktuellen Vertrag mit der AWB auch solche Sonderreinigungen Bestandteil seien.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

3.2 Jahresbericht der Kölner Anti Spray Aktion - Anregung 3895/2015

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Stellungnahme der Verwaltung zur Resolution der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik: „Barrierefreies Wohnen“ 3518/2015

Herr Adolf fragt zu Punkt 5 der Stellungnahme (Ergebnisse des Modellprojekts „Altersgerecht umbauen“) nach, ob der dort angesprochene Kontakt zum Kooperationspartner GAG Immobilien AG im Jahr 2015 aufgenommen wurde und wie der Stand sei. Darüber hinaus fragt er nach den aktuellen Zahlen für das Jahr 2015 der bezugsfertig gewordenen neu gebauten öffentlich geförderten rollstuhlgerechten Wohnungen

(Punkt 7 der Stellungnahme). Abschließend hält es Herr Adolf für wünschenswert, dass trotz der angespannten Wohnraumsituation in Köln weiterhin auf die Menschen Rücksicht genommen werde, die auf das barrierefreie/rollstuhlgerechte Wohnen angewiesen sind (bezugnehmend auf Punkt 8 der Stellungnahme).

Herr Dr. Bell erklärt, dass die Fragen in der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet werden.

Herr Dr. Elster merkt an, dass das Konzept richtig und wichtig sei, letztendlich aber deutlich mehr Wohnungen gebaut werden müssten und daher der AVR dieses Thema in den nächsten Jahren begleiten solle.

4.2 Aktionen gegen illegale Autorennen und überhöhte Geschwindigkeiten 3547/2015

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.3 Brüsseler Platz in Köln-Neustadt/Nord hier: Durchführung einer Ideenwerkstatt 4096/2015

Herr Krupp merkt an, dass die Initiative zur Durchführung einer Ideenwerkstatt aus der Politik bzw. diesem Ausschuss gekommen sei. Daher wünscht er sich, dass zumindest zukünftig bei Pressemitteilungen/-information entsprechend darauf hingewiesen werde.

Herr Richter schließt sich den Ausführungen von Herrn Krupp an und fragt nach, warum keine Vertreterinnen und Vertreter der Bezirksvertretung 1 (Innenstadt) beim eingeladenen Personenkreis berücksichtigt wurden.

Die Verwaltung wird hierzu in der nächsten Sitzung antworten.

Der Vorsitzende bittet die Verwaltung, die Mitteilung auch dem Stadtentwicklungsausschuss vorzulegen.

4.4 Gutachten zur Funktionsfähigkeit des Kölner Taxigewerbes 0008/2016

Herr Dr. Elster fragt nach, wie sich die Verwaltung die Reduktion der Lizenzen vorstelle und inwieweit der Ausschuss bei dem weiteren Verfahren einbezogen werde.

Herr Rummel antwortet, dass noch keine Kriterien für das Reduktionsverfahren aufgestellt worden seien, ab sofort würden allerdings keine weiteren Genehmigungen erteilt werden. Es sei schwierig, Taxikonzessionen zu entziehen oder eine Weitergabe (z. B. aus Altersgründen) zu unterbinden. Das weitere Prozedere gestaltet sich wie folgt: In einem ersten Schritt wird eine Umfrage in anderen Städten über deren Reduktionsverfahren/-erfahrungen gestartet; Anfang März folgt ein Treffen von Taxifahrerinnen und -fahrern in Kooperation mit der IHK. Der Ausschuss werde über das Ergebnis unter-

richtet und letztlich über die am Ende vorgeschlagenen Maßnahmen diskutieren können.

Herr Richter fragt im Kontext der Thematik „Taxi“ nach, wie der aktuelle Sachstand bezüglich des Taxistandes am Hauptbahnhof sei.

Herr Rummel antwortet, dass die Federführung bei Dezernat VI beim Amt für Straßen und Verkehrstechnik liege. Der Ausschluss der Taxen von den Halteplätzen durch Beschilderung sei rechtmäßig; zurzeit dürfe dort jede Fahrerin bzw. jeder Fahrer parken.

Herr Dr. Elster merkt an, dass laut dem Gutachten die Taxidichte in Köln aus Sicht der Fahrerin bzw. des Fahrers ökonomisch problematisch sei, was in München, trotz höherer Taxidichte, nicht der Fall wäre. Er bittet um eine fachliche Bewertung.

Herr Rummel verweist darauf, dass das Münchener Gutachten der Verwaltung nicht bekannt sei und daher dessen Ergebnis sowie Schlussfolgerung nicht vorlägen. Die Gründe könnte die Verwaltung daher nicht nachvollziehen. Möglicherweise könnten die Flughafenlage und die Übernachtungszahlen damit zu tun haben.

Herr Petelkau hält abschließend fest, dass diese Frage in der finalen Diskussion über die Reduktionsverfahren intensiver behandelt werden könne.

4.5 Evaluierung zur Anpassung der Verfahrensweise bei Ahndung des Verkehrsverstoßes "Nutzung der Kölner Umweltzone ohne grüne Feinstaubplakette"
0043/2016

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.6 Delegiertenversammlung Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)
0175/2016

Der TOP wird unter TOP 2.1 behandelt.

4.7 3. Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im zweiten Halbjahr 2016
0142/2016

Herr Richter schlägt vor, dass für die unstrittigen Sonntage zeitnah eine Vorlage erstellt werde, auch für einen Teilbereich der zweiten Jahreshälfte 2016, um diesen Veranstaltungen Planungssicherheit zu geben.

Herr Joisten merkt an, dass die Planungen der Veranstaltungen in vollem Gange seien. Da laut Mitteilung noch nicht absehbar sei, wann mit einer gerichtlichen Entscheidung gerechnet werden könne, fragt er nach, ob es eine Deadline vonseiten der Verwaltung für die Vorlage gäbe.

Herr Dr. Elster ergänzt hierzu, dass insbesondere von der Bürgerschaft getragene (kleinere) Veranstaltungen unter der Planungsunsicherheit leiden würden.

Herr Stadtdirektor Kahlen antwortet, dass das Ziel bis zur nächsten Ratssitzung am 15.03.2016 [AVR am 07.03.2016] die Bereitstellung einer kompletten Vorlage sei, die alle beantragten Veranstaltungen beinhaltet. Sollte dies nicht möglich sein, werden zu diesem Termin, den Vorschlag des Ausschusses aufgreifend, allein die eindeutigen Entscheidungen in der Vorlage behandelt und alle strittigen Veranstaltungen in der Ratssitzung am 10.05.2016 [AVR am 25.04.2016] Thema sein.

4.8 Situation in Porz Finkenberg 3354/2015

Frau Möller widerspricht der Mitteilung in einigen Punkten. So würden sich die Hausverwaltungen nicht zeitnah um die Verschmutzungen kümmern, wie die Beschwerdelage zeige. Zudem würden die Hausverwaltungen auch nicht verstärkt auf die soziale Kontrolle achten bzw. diese fördern. Letztendlich würden vor allem aktive, sich äussernde Bewohnerinnen und Bewohner wegziehen, ohne dass auf geeignete Folgemieterinnen und -mieter geachtet werde. Hinsichtlich des Brandschutzes, dem Problem der Mietminderung und der Betonung, dass Sozialarbeit in Porz Finkenberg wichtig und notwendig sei, bestätigt Frau Möller die Mitteilung explizit.

Herr Dr. Elster beantragt für die CDU-Fraktion die Zurückstellung der als Tischvorlage eingereichten Mitteilung, um eine intensive Beratung zu ermöglichen.

Herr Joisten kann nicht nachvollziehen, warum die Polizei Finkenberg nicht als Brennpunktgebiet hinsichtlich des Drogenhandels und -konsums beurteilt. Dies widerspreche der Wahrnehmung der Bewohnerinnen und Bewohner sowie seiner eigenen Wahrnehmung. Herr Joisten bittet das Amt für öffentliche Ordnung, eigene Erkenntnisse beizusteuern. Das Thema sei für die Bewohnerinnen und Bewohner wichtig, von daher bestehe Handlungsbedarf. Daher will Herr Joisten das Thema im Polizeibeirat ansprechen und die Polizei auffordern, in Finkenberg einen Schwerpunkt zu setzen.

Herr Marx schließt sich den Beiträgen der Vorrednerin und den Vorrednern an. Im Gegensatz zur Mitteilung nehme die Verschmutzung zu und der Bericht sei, insbesondere hinsichtlich der Kriminalität, verharmlosend. Zudem verweist er auf einen Beschluss der Bezirksvertretung Porz aus dem November 2014, durch welchen die Verwaltung beauftragt wurde, ein umfangreiches, problemorientiertes Handlungskonzept zu erstellen – was bisher nicht vorliege. Er bittet zum einen, dass dieses Konzept der Bezirksvertretung und ggf. dem AVR vorgelegt werde, und zum anderen um einen Sachstand zur Konzepterstellung für die nächste AVR-Sitzung am 07.03.2016.

Der Ausschuss stellt die Mitteilung zur nächsten AVR-Sitzung am 07.03.2016 zurück.

4.9 Maßnahmenpaket zur Steigerung der Sicherheit in Köln - Straßenkarneval 2016 0260/2016

Der TOP wird unter TOP 8.1 besprochen.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Bestehende sachgrundlose Befristungen AN/1943/2015

6.1.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Die Linke (AN/1943/2015) - bestehende sachgrundlose Befristungen 0062/2016

Die Beantwortung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt sie zur Kenntnis.

Frau Tokyürek fragt nach, ob auf sachgrundlose Befristungen bei Neueinstellungen schon verzichtet werde und wie es sich auswirken würde. Zudem bittet sie den Gesamtpersonalrat (GPR) um eine Stellungnahme bezogen auf die schriftliche Mitteilung der Verwaltung.

Herr Langner teilt mit, dass diese Thematik den GPR seit Jahren beschäftige. Ursprünglich sei die sachgrundlose Befristung für den Erhalt von Arbeitsplätzen der Privatwirtschaft eingeführt worden, heutzutage würde sich der öffentliche Dienst dieses Mittels zwecks Haushaltssanierung bedienen. Trotz einer allgemeinen Umkehr in Köln können einzelne Dienststellen weiterhin sachgrundlos befristet einstellen. Deren Begründung laute, dass aufgrund der Aufgabenkomplexität zwei Jahre gebraucht würden, um die Eignung und Befähigung der Mitarbeiterin bzw. des Mitarbeiters testen zu können. Der GPR halte dies für eine Aushöhlung des Tarifvertrages, da die eigentlich dafür vorgesehene Probezeit unterlaufen werden würde. Aus diesen Gründen bittet der GPR darum, auf sachgrundlose Befristungen in allen Bereichen zu verzichten.

Herr Stadtdirektor Kahlen schlägt vor, dass für die AVR-Sitzung nach den Osterferien (Sitzung am 25.04.2016) ein Bericht über die Praxisauswirkungen des Verzichts auf sachgrundlose Befristungen erstellt werde. Seinen Erfahrungen nach würden die Dienststellen, die weiterhin sachgrundlos befristet einstellen, dies nicht zwecks Verlängerung der Probezeit tun. Vielmehr müsse jede Abweichung von der Fristenregelung einzeln gegenüber 11 begründet werden – beispielsweise sei das Anrufaufkommen des Bürgertelefons dermaßen ungleichmäßig (mit großen Arbeitsspitzen und -tiefen), so dass besondere Arbeitszeitmodelle erforderlich seien. Abschließend bietet Herr Stadtdirektor Kahlen dem GPR an, in den Personalgremien die Thematik zu diskutieren und nachzuhalten.

6.2 Sicherheit und Spaß im Karneval: Aufklärung statt Verbote AN/0167/2016

6.2.1 Sicherheit und Spaß im Karneval: Aufklärung statt Verbote - Anfrage der Piratengruppe im Rat der Stadt Köln vom 20.01.2016 (AN/0167/2016) 0273/2016

Die Beantwortung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt sie zur Kenntnis.

Herr Hegenbarth fragt nach, wie Frau Kronenberg oder Herr Stadtdirektor Kahlen die Antwort auf die fünfte Frage – die Verwaltung hält die Erarbeitung eines städtisches Gesamtkonzeptes für sinnvoll, welches über frauenspezifische Belange hinausgeht – beurteilen.

Herr Stadtdirektor Kahlen verweist darauf, dass die Antwort auf die fünfte Frage nicht mehr der aktuellste Stand sei (Bearbeitungsstand von Freitag, 22.01.2016). Der neuste Sachstand zu dieser Thematik, u. a. die Einrichtung eines Security Points, finde sich in der Mitteilung der Verwaltung zu TOP 4.9 *[wird zusammen mit TOP 8.1 und 8.2 behandelt]*.

6.3 Entwicklung der Kontrolle von Waffen und Munition in Köln AN/0168/2016

6.3.1 Beantwortung einer Anfrage (AN/0168/2016) der Piratengruppe-- Entwicklung der Kontrolle von Waffen und Munition in Köln 0289/2016

Die Beantwortung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt sie zur Kenntnis.

Herr Hegenbarth erkundigt sich im Kontext der Ereignisse in der Silvesternacht in Köln nach aktuellen Antragszahlen zum „Kleinen Waffenschein“.

Herr Stadtdirektor Kahlen teilt mit, dass dies nur die Polizei beantworten könne und die Frage entsprechend weitergeleitet werde.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Sitzungsmanagement

Frau Woller fragt nach, wann das elektronische Sitzungsmanagement für den AVR eingeführt werden soll.

Herr Stadtdirektor Kahlen schlägt vor, dass die für den Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation vorbereitete Mitteilung dem AVR vorab übermittelt werde. Laut dieser ist das Ziel die baldige Einführung - möglichst unabhängig von der vorläufigen Haushaltsführung. Letzteres werde noch mit der Kämmerei abgestimmt.

7.2 Anzahl der AVR-Sitzungen

Herr Mees fragt, warum in diesem Jahr nur neun Sitzungen des AVR stattfinden.

Herr Petelkau verweist auf die zentrale Terminplanung. Bei Bedarf können aber problemlos Sondersitzungen anberaumt werden.

7.3 Lage am Kölner Hauptbahnhof

Herr Petelkau fragt nach der Gemengelage am Hauptbahnhof (Vorplätze, Unterführungsbauwerke etc.) und bittet um eine kurze Zusammenstellung der Eigentumsverhältnisse, Reinigungspflichten und ordnungsbehördlichen Zuständigkeiten. Dies ins-

besondere vor dem Hintergrund, dass es hierzu neben den Grundbuchangaben auch weitere Verträge gäbe.

Herr Stadtdirektor Kahlen antwortet, dass die Verwaltung dieser Thematik bereits nachgehe. Dies geschehe im Kontext des Schutzkonzeptes (TOP 8.2) für den Hauptbahnhof, da hierbei als Grundvoraussetzung die rechtlichen Rahmenbedingungen von Ordnungs- über Reinigungs- bis hin zu baulichen Pflichten geklärt werden müssten.

8 Anträge

8.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Konzept "Mehr Präsenz und Ahndung durch verstärkten Ordnungsdienst" - Besetzung der vorgesehenen weiteren 60 Planstellen hier: Sofortmaßnahmen nach den Geschehnissen in der Silvesternacht" AN/0152/2016

In der nachfolgenden Diskussion werden die Anträge der TOP 8.1 (0152/2016) und TOP 8.2 (0200/2016) sowie die Verwaltungsmitteilung aus TOP 4.9 gemeinsam diskutiert.

Herr Krupp merkt an, dass der Antrag der SPD-Fraktion auch auf ausdrückliche Bitte der Oberbürgermeisterin Frau Reker im AVR gestellt werde, da die Dringlichkeit im Hauptausschuss am 18.01.2016 von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP abgelehnt worden sei. Ziel sei, die Einrichtung von 100 vorgesehenen Stellen beim Ordnungsdienst angesichts der Ereignisse der Silvesternacht sofort umzusetzen.

Ursprünglich würde es sich bei der Verstärkung des Ordnungsdienstes um eine Idee von Herrn Stadtdirektor Kahlen handeln, der dem AVR davon im Jahr 2014 berichtet hätte. Dies sei von der CDU-Fraktion aufgegriffen worden, die einen entsprechenden Antrag in der Sitzung des AVR am 22.09.2014 stellte [0998/2014], der damals in die Haushaltsplanberatung des Rates verwiesen wurde. Letztendlich sei es dazu gekommen, dass 40 Stellen im Jahr 2015 und je 30 Stellen 2016 und 2018 geschaffen werden sollten. Diese seien jedoch mit Sperrvermerk versehen worden; eine Evaluation hätte die Notwendigkeit belegen müssen. Angesichts der Ereignisse an Silvester sei eine sofortige Besetzung der noch offenen 60 Stellen wichtig, um das Recht auf Sicherheit sowie das Sicherheitsgefühl für die Bürgerschaft wie auch für Besucherinnen und Besucher zu stabilisieren.

Herr Krupp führt weiterhin aus, dass er aufgrund der Vorgeschichte – Antrag der CDU-Fraktion im September 2014 auf sofortige Einrichtung von 100 neuen Stellen beim Ordnungsdienst – nicht nachvollziehen könne, warum die CDU-Fraktion zusammen mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen konzeptionellen Antrag (TOP 8.2) stellt, anstatt durch die Personalaufstockung sofort zu handeln. Aus seiner Sicht habe die CDU-Fraktion damit einen Schritt rückwärts gemacht.

Herr Richter warnt nach den Ereignissen der Silvesternacht davor, in Aktionismus und Populismus zu verfallen. Vielmehr würden die Fragen der Bevölkerung ernsthafte Antworten fordern. Es solle geprüft werden, wie viele von den 40 Stellen schon besetzt seien. Und da Stellenbesetzungsverfahren einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen würden, suggeriere der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion nur Sicherheit; erst einmal würde und könne sich nichts ändern.

Erst mit dem Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (TOP 8.2) würde das Thema systematisch und nicht punktuell angegangen werden. Letztlich hätten die Vorkommnisse an Silvester auch nicht durch mehr Ordnungskräfte verhindert werden können, denn die Verantwortung läge bei der Polizei und damit beim Land. Abschließend liest Herr Richter die Kernpunkte des Antrages vor – insbesondere die Frage nach dem Sachstand der Stellenbesetzung, der Verbesserung von Domumgebung und die verbesserte Kooperation mit Polizei/Land – und bittet darum, gemeinsam voranzuschreiten und auf punktuellen Aktionismus zu verzichten.

Herr Stadtdirektor Kahlen erklärt, dass die Mitteilung der Verwaltung [0260/2016 in TOP 4.9] nur eine erste Schwerpunktsetzung für die Karnevalszeit 2016 sei. Dies stelle kein dauerhaftes Sicherheitskonzept dar. Karneval sei eine erste Bewährungsprobe für alle Menschen in Köln, dass sich solche Vorfälle wie zu Silvester nicht wiederholen. Ein tagesspezifischer Einsatzplan en detail sei in Bearbeitung. Eine Übersicht, was zwischen allen Beteiligten verabredet worden ist, könne er bereitstellen. Zur nächsten Ratssitzung am 02.02.2016 würde zudem noch eine Vorlage für die Steigerung der Sicherheit im Kölner Straßenkarneval [0357/2016] eingereicht, um trotz fehlenden Haushaltplans im Rahmen der Gefahrenabwehr adäquat reagieren zu können.

Teil des Sicherheitskonzeptes für Karneval sei u. a. der Koordinierungsstab, der an allen Tagen im Schichtbetrieb aktiv sein solle. Dort seien alle beteiligten Institutionen (Landes- und Bundespolizei, AWB, KVB, Veranstalter, Rettungs- und Ordnungskräfte usw.) anwesend und in Verbindung mit den jeweiligen Führungsstellen, um bei Problemen sofort gezielt und vernetzt eingreifen zu können – insbesondere bei Brennpunkten ohne Veranstalter (z. B. auf der Zülpicher Straße). Zudem soll es eine deutlich größere Präsenz bspw. von der Polizei, Feuerwehr, Rettungs- und Ordnungsdiensten direkt vor Ort geben. Da Dunkelheit mehr Möglichkeiten für Exzesse schaffe und damit Angsträume erzeuge, sollen diese durch mobile Beleuchtungen abgebaut werden. Langfristig würde hierbei auch infrastrukturell nachgesteuert werden. Ferner würde die unmittelbare Kommunikationsfähigkeit durch den verstärkten Einsatz von Dolmetschern bzw. Dolmetscherinnen verbessert werden.

Hinsichtlich der Sachstandsfrage nach der Besetzung der 40 eingerichteten Stellen im Ordnungsdienst erläutert Herr Stadtdirektor Kahlen, dass der Stellenplan von der Bezirksregierung am 16.11.2015 freigegeben worden sei, so dass bislang 12 von 40 Stellen besetzt werden konnten; weitere Vorstellungsrunden werden aktuell durchgeführt.

Herr Dr. Elster merkt an, dass – entgegen den Aussagen von Herrn Krupp – die CDU-Fraktion im Hauptausschuss die Sitzungsleitung (Frau Oberbürgermeisterin Reker) darum gebeten habe, die Dringlichkeitsvorlage der SPD-Fraktion in den AVR zu verweisen, da sie in den hiesigen Fachausschuss gehöre. Die SPD-Fraktion würde hier Thematiken miteinander vermengen.

Nach Einrede von Herrn Krupp verweist Herr Dr. Elster darauf, dass der CDU-Antrag von September 2014 [0998/2014] einen anderen Hintergrund gehabt habe. Damals habe es rein ordnungsdienstliche Gründe für die Neueinstellungen gegeben, bspw. die Situation auf den Kölner Ringen. Es sei die SPD-Fraktion gewesen, die in der konkreten Umsetzung bei der Stelleneinrichtung auf jährlich Sperrvermerke gedrungen habe und nun im Glashaussitzend mit Steinen werfe.

Sämtliche städtische Ordnungskräfte seien im Einsatz gewesen, insbesondere wie vorgesehen auf den Brücken. Ein Mehr an Kräften wäre auch für diesen Bereich sinnvoll gewesen. Gegen die kriminellen Vorkommnisse auf dem Bahnhofsvorplatz seien polizeiliche und keine ordnungspolitischen Maßnahmen erforderlich gewesen, denn die Polizei, und damit das Land NRW, sei für die innere Sicherheit zuständig. Letztendlich versage die SPD-geführte Landesregierung, wobei sich die Unterbesetzung von Polizeikräften auch dadurch ausdrücke, dass in Köln ca. 5.000 Einbruchsdiebstähle geschehen, im 12 mal so großen Bayern seien dies nur ca. 6.000.

Herr Dr. Elster wiederholt, dass es nicht Aufgabe der Stadt Köln sei, für die innere Sicherheit zu sorgen. Allein die Landesregierung könne Polizeimaßnahmen (von der Stadt durch Ordnungspartnerschaften unterstützt) durchführen. Daher würde auch die perspektivische Besetzung von 70 Stellen im Ordnungsamt für 2015 und 2016 nichts an der grundsätzlichen inneren Sicherheitslage ändern. Abschließend empfiehlt er der SPD-Fraktion, ihren Antrag zurückzuziehen und stattdessen dem Antrag in TOP 8.2 (0200/2016) zuzustimmen.

Herr Görzel zitiert sowohl aus dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion [TOP 8.1] wie auch aus dem Dringlichkeitsantrag von der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [TOP 8.2] und merkt hiernach an, dass sich diese dem Grunde nach in ihren Zielsetzungen – 60 Ordnungskräfte mehr auf die Straße zu bringen – nicht wesentlich unterscheiden würden. Die FDP-Fraktion stimme zwar dem Antrag [TOP 8.1] zu, doch werde ein unwürdiges Scheingefecht für die Öffentlichkeit geführt.

Frau Tokyürek drückt ihre Verwunderung über die Dringlichkeit beider Anträge aus. Da der Ordnungsdienst nicht die Befugnisse habe, um bei Vorfällen wie an Silvester einzuschreiten, handle es sich um Panikmache, insbesondere da die Stellenbesetzungen schon laufen und sich bis Oktober 2016 hinziehen würden. Stattdessen solle man mit Ruhe an die Sache rangehen und insbesondere die nächste Ratssitzung am 02.02.2016 mit der aktuellen Stunde über die Zusammenarbeit von Polizei und Stadt zur Diskussion nutzen.

Herr Hegenbarth drückt seine Enttäuschung über den Sitzungsverlauf aus, da beide Anträge sinnvoll seien und der aktuelle Disput hierüber dem Parteienspiel geschuldet sei. Im Gegensatz zu seiner Vorrednerin stimme er der Dringlichkeit zu. Da es sowohl sinnvoll sei, das ursprüngliche Besetzungsverfahren um die Aufforderung zur Schnelligkeit zu ergänzen, als auch ein gesamtheitliches Konzept zu diskutieren, fordert Herr Hegenbarth die Fraktionen zur Zusammenarbeit auf, insbesondere da für die Öffentlichkeit ein solches kooperatives Zeichen gut sei.

Herr Wiener merkt an, dass für die gesamte Misere die übrigen Parteien verantwortlich seien. Mehrfach habe pro Köln in der Vergangenheit die Stärkung des Ordnungsamtes beantragt, was abgelehnt worden sei. Daher seien die aktuellen Vorgänge nur eine Nachahmung der vormaligen Forderungen von pro Köln. Es seien ehrliche Lösungen auf Stadtebene erforderlich, wobei die ganze Misere der Flüchtlingskrise letztendlich die CDU-Fraktion und SPD-Fraktion auf Bundesebene verursacht hätten und nur dort zu lösen sei. Er verlangt daher, dass sich die Parteien hinterfragen.

Herr Stadtdirektor Kahlen erinnert an das gemeinsame Ziel, im Rahmen der städtischen Aufgaben die sichtbare Präsenz des Ordnungsdienstes auszuweiten. Die Landesregierung habe in ihrem 15-Punkte-Programm am 14.01.2016 geäußert, dass an Kriminalitätsschwerpunkten 500 Polizistinnen und Polizisten mehr eingesetzt würden.

Zudem solle die parteiübergreifende Zusammenarbeit vorangetrieben werden. Schließlich sei auch geplant, die Videoüberwachung personell und infrastrukturell auszubauen – eindeutige Akteurin sei hierbei die Polizei, nicht die Ordnungsdienste.

Er erinnert daran, dass damals mit dem gestuften Konzept die notwendige Haushaltsgenehmigung erreicht worden wäre. Im Hinblick auf die Ereignisse an Silvester könne im Rahmen der Gefahrenabwehr schon jetzt mit der weiteren Ausschreibung der (bereits verbindlich für 2016 und 2018 finanzierten) Stellen begonnen werden. Diese vorgezogene Einstellung unterstütze auch die Oberbürgermeisterin. Gerade vor dem Hintergrund von Ordnungspartnerschaften werde auch mehr Ordnungspersonal benötigt. Daher bittet Herr Stadtdirektor Kahlen abschließend um die Ermächtigung, im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung die bereits eingeplanten, vorhandenen Finanzmittel schon jetzt zu aktivieren.

[Nach kurzer Diskussion zwischen Herrn Petelkau und Herrn Krupp wird das weitere Vorgehen festgelegt: Die TOP 8.1 und 8.2 werden zu Ende diskutiert, anschließend wird über jeden Tagesordnungspunkt gesondert abgestimmt.]

Herr Krupp bedankt sich bei Herrn Görzel für die Zustimmung, merkt zudem jedoch an, dass es Unterschiede zwischen den Anträgen aus TOP 8.1 und 8.2 gäbe. So fordere der SPD-Antrag die sofortige Freigabe der 60 Ordnungsdienststellen, während der andere Antrag lediglich einen Prüfauftrag darstelle. Dass noch nicht die ursprünglich geplanten 40 Stellen besetzt sind, würde dem nicht widersprechen, da die haushaltsrechtliche Freigabe erst im November 2015 erging. Es sei ein Unterschied, ob die Verwaltung direkt 100 Personen suche oder dies erst sukzessive (40 aktuell, 30 im Laufe des Jahres, 30 im nächsten Jahr) geschehe. Dass das Ordnungsamt keine Polizeifunktion habe, sei unzweifelhaft, doch würde sich das Sicherheitsgefühl für die Bürgerschaft bessern, da das Ordnungsamt als Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger von großer Bedeutung sei.

Herr Dr. Elster betont ebenso, dass die beiden Anträge nicht identisch seien. Der schwarz-grüne Antrag [TOP 8.2] mit seinen 8 Punkten würde die Sicherheitslage in Köln deutlich breiter und tiefgehender behandeln als der SPD-Antrag [TOP 8.1], welcher allein die sofortige Besetzung der 60 Stellen zum Inhalt habe. Zuvorderst müsse jedoch grundsätzlich geprüft werden, ob eine angestrebte zeitlich vorgezogene Besetzung rechtlich möglich wäre. Sollte dies bejaht werden, strebe man ebenfalls eine rasche Besetzung der Stellen an. Zudem müsse die Verwaltungsmittelung [Tischvorlage in TOP 4.9] fraktionsintern in Ruhe gelesen und diskutiert werden.

Er bittet darum, dass schriftlich für die CDU-Fraktion Stellung genommen werde, ob das im SPD-Antrag [TOP 8.1] beschriebene Vorgehen gangbar sei. Abschließend hält Herr Dr. Elster fest, dass der sozialdemokratische Antrag sich nur um einen Aspekt drehe, der sich zudem auch im Antrag von CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Punkt I d) wiederfinde, da bei positivem Resultat der notwendigen rechtlichen Prüfung ebenfalls eine rasche Neubesetzung der Stellen verlangt werde.

Herr Richter erläutert, inwiefern der SPD-Antrag problematisch sei. Der IST-Zustand sei demnach, dass für das Jahr 2015 insgesamt 40 und für dieses Jahr 30 Stellen genehmigt worden seien. Die damalige Genehmigung sei von einem Begleitkonzept von Herrn Stadtdirektor Kahlen über den Einsatz der (neuen) Ordnungsamtskräfte flankiert worden, welches die Silvesterereignisse noch nicht berücksichtigen konnte. Von 40

Stellen seien im laufenden Besetzungsverfahren aktuell erst 12 besetzt worden und die Besetzung von 30 weiteren Stellen sei in diesem Jahr schon avisiert.

Vor diesem Hintergrund müsse der Prüfauftrag zu sehen sein, der vor allem zwei Punkte umfasse: Zum einen, inwiefern sich das damalige Konzept von Herrn Stadtdirektor Kahlen durch die Vorfälle an Silvester verändert habe, und zum anderen, ob es einen Benefit geben würde, wenn insgesamt 70 Stellen in der Pipeline stehen würden und erst 12 Stellen besetzt seien. Aufgrund des laufenden Besetzungsverfahrens gehe bis zur AVR-Sitzung im März keine Zeit verloren und das Konzept könne in Ruhe den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Abschließend fordert er nochmal alle Parteien dazu auf, sich dem TOP 8.2 anzuschließen.

Frau Tokyürek vergleicht die beiden Anträge und merkt an, dass die SPD-Fraktion die unverzügliche Besetzung verlange, während CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von einer zeitlich vorgezogenen Besetzung nach Prüfung spreche. Sie fragt Herrn Stadtdirektor Kahlen, wie die Zeitfenster bei beiden Verfahren aussehen würden und ob sich die beiden Anträge aufgrund der Dauer des Stellenbesetzungsverfahrens nicht zeitlich treffen würden.

Herr Stadtdirektor Kahlen erläutert hierzu, dass alle notwendigen Aktivitäten entwickelt werden könnten, sofern der Beschluss gefasst werde, den ursprünglich stufenweisen geplanten Prozess – der von Einstellungen im Jahr 2016 und 2018 (für 2017 sei eine Evaluation vorgesehen) ausgegangen wäre – vorzuziehen. Durch eine solche Entscheidung könne unabhängig vom jetzigen Finanzstatus der vorläufigen Haushaltsführung das Einstellungsverfahren ohne Vorbehalte (Einstellung erst nach Genehmigung des Haushaltes) vorangebracht werden. Dies stehe vor dem Hintergrund, dass die Genehmigung des Haushaltes erst am Ende des dritten bzw. Anfang des vierten Quartals zu erwarten sei.

Würden die Ausschreibungen jetzt vorgenommen werden, könnte sich die Stellenbesetzung bis zu den Sommerferien in Richtung der gewünschten 100 Personen entwickeln. Mit Einarbeitungszeiten wäre zum Ende des Sommers, d. h. zum Zeitpunkt einer veranstaltungsreichen Zeit, und auch in den dunkleren Jahreszeiten, Herbst und Winter, eine andere, größere Präsenz des Ordnungsdienstes möglich – insbesondere auch an Silvester. Dies würde auch die Oberbürgermeisterin anstreben und hätte den Auftrag gegeben, diese Pläne - auch vor dem Hintergrund der vorläufigen Haushaltsführung - in Zusammenarbeit mit der politischen Ebene zu realisieren. Er habe den Eindruck, dass die Diskutierenden im Ergebnis einer Meinung seien.

Herr Stadtdirektor Kahlen führt aus, dass eine Weiterentwicklung des Sicherheitskonzeptes obligatorisch sei. Allerdings würden die 100 Ordnungsstellen in jedem Fall gebraucht werden, daran würde auch ein modifiziertes Konzept nichts ändern; im Gegenteil ggf. könnte auch ein Mehrbedarf entstehen. Als Lösung schlägt er vor, dass die Abstimmung aufgrund von Beratungsbedarf in die kommende Ratssitzung verschoben werde. Die Verwaltung würde neben der Finanzermächtigung für die 360.000 EUR eine weitere Vorlage über die Abweichung von der bisherigen Beschlusslage vorbereiten. Diese sähe die Ermächtigung vor, dass im Vorgriff auf die beiden Stufen schon im Jahr 2016 im Rahmen der Gefahrenabwehr unabhängig von einer Haushaltsgenehmigung im Kontext der vorläufigen Haushaltsführung eingestellt werden könne.

Herr Petelkau erinnert daran, dass Herr Stadtdirektor Kahlen in den letzten zwei Jahren vielfach ausgeführt habe, wie sinnvoll eine etappenweise Einstellung sei. Es gehe nicht nur um die Thematik der Besetzung, sondern auch konkret um die Frage, was das neu eingestellte Personal für Aufgaben haben werde, ob Knöllchen in den Außenbezirken oder Tätigkeiten in der Innenstadt. In der Sache selbst seien sich alle einig: Im Gegensatz zur Vergangenheit gäbe es in diesem Ausschuss ein gemeinsames Ziel, nämlich die Sicherheit und Sauberkeit in Köln erhöhen zu wollen.

Allerdings mache es keinen Sinn, über den Antrag abzustimmen, wenn man in der Sache so eng beieinander sei. Wenn die Verwaltung die Fragen – wie das Personal eingesetzt werden solle und der Vorgang haushaltsrechtlich abgewickelt werden könne – bis zur nächsten Ratssitzung oder einer Sondersitzung des AVR als eigentlicher Fachausschuss beantworten könne, würden die Antragssteller in der Lage sein, dies entsprechend zu berücksichtigen. Gemeinsam könne der dann komplettierte Antrag beschlossen werden. Der Beratungsbedarf sei da, weil es nicht nur um die 100 Stellen gehe, sondern in Ruhe über Einsatzorte (Sicherheitsbrennpunkte) entschieden werden müsse.

Herr Richter merkt an, dass zeitlich nichts verloren gehe, wenn sich der AVR in seiner nächsten Sitzung am 07.03.2016 mit der Mitteilung, die sich aus der in TOP 8.2 beauftragten Prüfung ergebe, befasse, da von den 40 Stellen erst 12 besetzt seien. Die Mitteilung solle für die Arbeit in den Fraktionen schriftlich erfolgen. Auch sei das Ordnungsamt zurzeit handlungsfähig. In der nächsten AVR-Sitzung würden die Ergebnisse in Ruhe besprochen werden können, ohne dass dies negative Auswirkungen, beispielsweise Zeitverlust, mit sich bringe.

Herr Krupp hält kurz fest, dass die SPD-Fraktion einverstanden sei, die Vorlage in die nächste Ratssitzung zu schieben, sofern noch Beratungsbedarf existiere und die Zustimmung in Betracht gezogen werde. In den Monat März, d. h. in die nächste AVR-Sitzung, solle die Vorlage jedoch nicht geschoben werden, stattdessen solle dann lieber heute über sie abgestimmt werden.

Herr Görzel merkt an, dass eine Brücke zwischen den beiden Positionen zum Greifen nahe scheine und diese Brücke gemeinsam beschritten werden solle.

Herr Stadtdirektor Kahlen erläutert den Sachstand zum Antrag aus TOP 8.2: Die Verwaltung arbeite an allen Punkten zu I und II - unabhängig ob Prüfauftrag oder Sofortmaßnahme; Punkt III sei ein Appell an die Landesregierung und nicht städtischer Natur.

- zu I a): Unter Wahrung der gesetzlichen Zuständigkeiten werde eng mit der Polizei kooperiert, um Maßnahmen für die Sicherheit des öffentlichen Raumes zu finden und umzusetzen.
- zu I b): Ein Sicherheitskonzept werde vorgelegt, d. h. ein ausgefülltes Programm der Inhalte von TOP 4.9.
- zu I c): Dies sei heute beantwortet worden.
- zu I d): Ein entsprechender Auftrag für ein Konzept liege von der Oberbürgermeisterin vor.
- zu I e): Hieran werde ebenfalls gearbeitet, insbesondere im Hinblick darauf, dass auch die Bundespolizei daran teilnehme.
- zu II a) und b): Die Sofortmaßnahmen zur Beleuchtung, Reinigung, Reparaturen und Präsenz würden in der morgigen Sitzung des Stadtvorstandes inklusive entsprechenden Vorschlägen behandelt werden. Dabei werden

auch die Frage nach dem integrierten Schutzkonzept sowie eine integrierte Schutzzone thematisiert. Alles was unter II gefordert werde, sei bereits durch Auftrag der Oberbürgermeisterin bei den betroffenen Dienststellen angekommen.

Herr Krupp wiederholt das Angebot, die Vorlage von TOP 8.1 in die Ratssitzung zu schieben, sofern Beratungsbedarf bestehe. In den Monat März solle sie jedoch nicht verschoben werden.

Zur Vorlage aus TOP 8.2 merkt Herr Krupp an:

- zu I a): Daran werde laut Herrn Stadtdirektor Kahlen bereits gearbeitet.
- zu I b): Liegt als Tischvorlage vor und habe sich daher erledigt.
- zu I c): Sei von Herrn Stadtdirektor Kahlen soeben beantwortet worden.
- zu I d): Hier läge der Unterschied zwischen den beiden Vorlagen, denn es solle eben nicht geprüft (TOP 8.2), sondern direkt umgesetzt (TOP 8.1) werden.
- zu I e): Bei Umformulierung – statt einem Prüfauftrag, solle ein Umsetzungsauftrag erteilt werden – würde die SPD-Fraktion dem zustimmen.
- zu II a): Die SPD-Fraktion würde dem zustimmen, auch wenn die Verwaltung laut Herrn Stadtdirektor Kahlen schon daran arbeite.
- zu II b): Auch dieses habe sich, da die Verwaltung schon dran arbeite, überholt. Dennoch würde die SPD-Fraktion zustimmen.
- zu III: Sei richtig, wäre jedoch von der Landesregierung bereits offiziell angekündigt worden und entsprechend obsolet.

Zusammenfassend könne die SPD-Fraktion folglich fast allem zustimmen. Nur die Einstellung der Ordnungskräfte solle nicht geprüft, sondern sofort umgesetzt werden, ansonsten würde die SPD-Fraktion diesen Punkt ablehnen. Weiterhin solle die Ordnungspartnerschaft direkt als Auftrag beschlossen und nicht erst geprüft werden. Werde dies entsprechend geändert, würde die SPD-Fraktion mit Ausnahme von Punkt III allen Punkten zustimmen.

Herr Dr. Elster merkt an, dass der Antrag von TOP 8.2 deutlich weitergehender sei als der Antrag unter TOP 8.1. Das geforderte Sicherheitskonzept würde sich nicht nur auf die Karnevalszeit beschränken, weshalb die Mitteilung der Verwaltung [TOP 4.9] nur den Weg vorzeichnen würde. Insbesondere für die Domumgebung sollen die Sofortmaßnahmen und das Sicherheitskonzept auch andere Veranstaltungen (z. B. Silvester) berücksichtigen.

Vor einigen Monaten wären 100 Ordnungskräfte zur Soforteinstellung vonseiten der CDU-Fraktion gefordert worden, wobei dargestellt worden wäre, dass dies nicht möglich sei und ein gestuftes Verfahren angewandt werden müsse. Zwar seien jetzt alle der Meinung, dass man das zusätzliche Personal lieber jetzt als gleich haben möge, allerdings würden die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowohl die haushalterische Seite wie auch den Stellenplan ernst nehmen und verlangen daher eine vorhergehende Prüfung, ob das vorgeschlagene Verfahren gangbar sei. Auch zur Klärung des konkreten Einsatzes, bspw. kein Einsatz für Kontrollen des ruhenden Verkehrs in Gewerbegebieten, sei das Konzept von Wichtigkeit. Nach Ende der Prüfung würde man dann auf den Antrag [TOP 8.1] zurückkommen, da es letztendlich genau das sei, was die CDU-Fraktion schon vor zwei Jahren in diesem Ausschuss beantragt habe. Heute beantrage die CDU-Fraktion, die Beschlussfassung zu TOP 8.1 in die nächste Sitzung des AVR am 07.03.2016 zu vertagen.

Auch der Punkt III des Antrages aus TOP 8.2 sei nach wie vor absolut erforderlich. Die vom Land NRW versprochenen 500 zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten für ganz NRW, dies würden im Idealfall ungefähr 50 zusätzliche Polizeikräfte für Köln bedeuten. Angesichts der vorher skizzierten Problematik von Einbruchsdiebstählen etc. sei dies nur ein Tropfen auf den heißen Stein und hätte an der hoffnungslosen Unterlegenheit der Einsatzkräfte an Silvester nichts geändert. Was das Land beschlossen habe, sei nicht ausreichend, um das strukturelle Defizit zu verbessern. Daher sei dieser Punkt weiterhin valide. Gerade vor dem Hintergrund, dass Köln weit davon entfernt sei, sicherste Millionenstadt zu werden, sei er dankbar, dass die Frau Oberbürgermeisterin durch die aktuelle Stunde in der nächsten Ratssitzung die richtigen Signale aussende, dass Köln dieses Thema endlich angehe.

Frau Aymaz hält fest, dass tatsächlich viele Punkte aus dem Antrag [TOP 8.2] bereits von der Verwaltung angegangen werden. Dies sei jedoch kein Argument, ihn abzulehnen, vielmehr sei es ein Hinweis, dass der Antrag die richtigen Themen fokussiere. Hinsichtlich der entscheidenden Frage [unverzügliche Einstellung oder Prüfauftrag vorab] solle man nicht in Aktionismus verfallen, sondern besonnen handeln. Gerade nach den Vorfällen an Silvester tue Hysterie der Stadt nicht gut. Stattdessen solle man wieder auf die Ebene der sachlichen Auseinandersetzung kommen.

Durch den Prüfauftrag erhalte der Ausschuss ein Ergebnis mit dem er sich intensiv auseinandersetzen kann. [Einrede von Herrn Krupp, das läge durch die Auskunft von Herrn Stadtdirektor Kahlen vor.] Die knappe mündliche Auskunft, dass an allem gearbeitet werde, reiche nicht aus. Zudem gäbe es auch keinen Grund, warum man sich bei der Ernsthaftigkeit dieses Themas nicht die notwendige Zeit nehmen sollte. Dem Appell der kleineren Fraktionen, bei dieser Thematik sollte zusammen ein Zeichen gesetzt werden, stimme sie zu. Abschließend dankt Frau Aymaz der Fraktion DieLinke und der FDP-Fraktion hierfür.

Frau Tokyürek wundert sich, dass über einen Dringlichkeitsantrag diskutiert werde, dessen geforderte Maßnahmen schon von der Verwaltung umgesetzt würden. Letztendlich sei im Antrag aus TOP 8.2 nur der Punkt I d) strittig. Sie schließe sich dem Vorschlag an, dass bis zur nächsten Ratssitzung geprüft werde, ob die zeitlich vorgezogene Besetzung weiterer Planstellen möglich sei, um dann auch in dieser Sache einen Konsens zu finden. Etwas zu beschließen, woran die Verwaltung bereits arbeite, finde sie merkwürdig.

Herr Görzel hält fest, dass die FDP-Fraktion dem Antrag aus TOP 8.2 zustimmen werde. Es komme hierbei nicht lediglich darauf an, ob die Einstellungen „unverzüglich“ oder „schnellstmöglich als Prüfauftrag“ erfolgen, wie von Frau Tokyürek vorgetragen. Vielmehr habe der Dringlichkeitsantrag Signalwirkung. Niemand würde bestreiten, dass die Verwaltung von sich aus aktiv geworden wäre. Es sei jedoch ureigenes Recht der Kommunalpolitiker bzw. -politikerinnen aufzuzeigen, dass etwas passieren müsse.

Es sei bedauerlich, dass nun in Eintracht beschlossen werde, was in der Vergangenheit schon öfters diskutiert worden wäre, bspw. der gleichlautende Antrag der CDU-Fraktion vom vorletzten Jahr. Auch die FDP-Fraktion habe in der letzten Amtsperiode mehrere solcher Anträge in den Rat eingebracht, die damals von Herrn Jörg Frank angegriffen worden wären. Daher wundere er sich, dass dieser die Verve habe, den Antrag [TOP 8.2] zu unterschreiben. Ohnehin würde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Schlangenlinie“ fahren, denn der Antrag diene dazu, nicht mehr stärker den ru-

ruhenden Verkehr zu überwachen, was einem Paradigmenwechsel entspräche. Dass hierbei nicht mehr stärker auf ordnungsrechtliche Maßnahmen gesetzt werden sollte, sei positiv. Bezüglich Punkt III des Antrages [TOP 8.2] sollten alle Kölner Landtagsabgeordneten unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit gemeinsam an einem Strang ziehen.

Herr Krupp gibt Frau Tokyürek Recht: Vieles von den Forderungen des Antrages [TOP 8.2] werde von der Verwaltung schon umgesetzt. Sollte der Antrag aus TOP 8.1 mit dem Ziel der sofortigen Besetzung von 60 Ordnungskräften vertagt werden, wäre dies sehr schade – über Unterstützung, bspw. von der CDU-Fraktion, hätte er sich gefreut. Es war angeboten worden, den Antrag in die nächste Ratssitzung am kommenden Dienstag zu verschieben, aber da es um die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Kölnerinnen und Kölner gehe, sollte er nicht in die März-Sitzung des AVR vertagt werden. In diesem Falle müsse gegen die SPD-Fraktion gestimmt werden. Zudem müsse die CDU-Fraktion ihren eigenen Leuten erklären, inwiefern ihr eigener Antrag von September 2014 nach den Vorfällen an Silvester nun nicht mehr gelte.

Beim Antrag aus TOP 8.2 sei es offensichtlich, dass viele Forderungen schon in der Pipeline der Verwaltung seien. Bei den richtigen Punkten des Antrages werde die SPD-Fraktion zustimmen. Zudem beantrage die SPD-Fraktion, über jeden Punkt einzeln abzustimmen.

Herr Hopfauf bittet die Verwaltung, konkret herauszuarbeiten, wie der Dom als Gebäude, die Liturgie und die Menschen bei der Silvesterfeier 2016/2017 wirksam geschützt werden könnten. In allen drei Bereichen habe es Beschwerden gegeben. Schon im Jahr 2003 habe er einen Leserbrief zu der Problematik, dass im und gegen den Dom geschossen werde, veröffentlicht. Dass nicht auf den Dom geschossen werde, sei parteiübergreifend sicherlich Konsens. Möglicherweise gäbe es schon rechtliche Regelungen im Rahmen des Sprengstoffgesetzes; in jedem Falle sollte rechtzeitig darüber gesprochen werden und dies im Rahmen der Konzepte mitgeprüft werden.

Frau Tokyürek bittet um die konkrete Beantwortung der Frage, ob es möglich sei, die Frage nach der Optimierbarkeit von Punkt d) des Antrages aus TOP 8.2 bis zur nächsten Ratssitzung zu beantworten, um einen Konsens herzustellen.

Herr Stadtdirektor Kahlen antwortet, dass die Verwaltung versuche, bis zur Ratssitzung eine Antwort zu geben, sofern der Ausschuss einen entsprechenden Beschluss fasse und sofern die Bereitschaft ersichtlich sei, in der Ratssitzung dann auch entsprechend zu entscheiden. Darüber hinaus merkt Herr Stadtdirektor Kahlen an, dass sich die Sicherheitslage seit dem Haushaltsbeschluss vom 23.06.2015 in der Silvesternacht verschärft habe. Die Bedarfslage bei den letztjährigen Beschlüssen war eine andere als die jetzige. Aufgrund von neuen Risiken, verstärkter Präsenz, ggf. Sperrung von Zonen und Schaffung von Freiräumen um den Dom und den Hauptbahnhof, ändere sich die Schwerpunktsetzung auch konzeptionell. Auch die Frage, wie vor dem Hintergrund der Schwerpunktverschiebung andere Ordnungswidrigkeiten ausreichend geahndet werden könnten, lasse sich nur mit mehr Personal angehen – möglicherweise auch über die 100 anvisierten Stellen hinaus. Es würde in jedem Fall helfen, wenn die Verwaltung die Ermächtigung bekommen würde, die 100 Stellen diesjährig zu besetzen.

Herr Schneider merkt an, dass er seit nahezu 25 Jahren Polizeibeamter sei und er das aktuelle Verhalten bzw. Vorgehen des Ausschusses nicht würdig finde. Es müsse

klar sein, dass auch die zusätzlichen 100 Ordnungskräfte nicht ausreichen würden, denn die Gesamtlage habe sich in den letzten Monaten deutschlandweit komplett geändert. Das Ordnungsamt habe auch bei Veranstaltungen wie Karneval und Silvester wichtige Aufgaben - Präsenz zur Prävention, Einleitung von Rettungsketten usw. - daher sei jeder Tag, der verloren werde, ein falsches Zeichen an die Öffentlichkeit. Die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seien in Bezug auf das Thema Sicherheit scheinbar blind.

Herr Petelkau widerspricht Herrn Stadtdirektor Kahlen in einem Punkt: Nicht die Sicherheitslage habe sich verändert, sondern die Einschätzung der Sicherheitslage. Beispielsweise zeige die Polizeistatistik, dass es seit Jahren viele Vorfälle des Antanzens gäbe, man habe sich jedoch nicht um diese Situation gekümmert. Da von 70 Stellen erst 12 besetzt seien, würden die vier Wochen nicht ins Gewicht fallen.

Herr Dr. Elster beantragt, TOP 8.1 in die nächste Sitzung zu vertagen.

Beschluss:

Der Antrag wird in die nächste Sitzung vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion zugestimmt.

**8.2 Sicherheit im öffentlichen Raum
AN/0200/2016**

Die Diskussion über diesen TOP wurden zusammen mit TOP 4.9 und TOP 8.1 unter TOP 8.1 geführt.

Die SPD-Fraktion beantragt eine Abstimmung über die einzelnen Punkte.

Beschluss:

I. Die Verwaltung wird beauftragt,

- a. aus gegebenem Anlass kurzfristig Zielsetzungen und Maßnahmen darzustellen, wie die Sicherheit im öffentlichen Raum – insbesondere in Innenstadtbereichen wie z.B. Domumgebung, HBF, Rheinufer und Plätzen- in enger Kooperation mit der Polizei unter Berücksichtigung der jeweiligen gesetzlichen Verantwortlichkeiten erhöht werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

I. Die Verwaltung wird beauftragt,

- b. dem Rat in der nächsten Ratssitzung ein Sicherheitskonzept für den öffentlichen Raum für die bevorstehenden Karnevalstage vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

I. Die Verwaltung wird beauftragt,

- a. darzulegen, inwieweit der Ordnungsdienst auf Basis des Stellenplanbeschlusses vom 23.06.2015 bereits personell verstärkt wurde.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

I. Die Verwaltung wird beauftragt,

- b. zu prüfen, ob und wie im Rahmen des Konzeptes „Mehr Präsenz und Ahndung durch personell verstärkten Ordnungsdienst“ die Präsenz und der Einsatz – vor allem im Innenstadtbereich – durch eine zeitlich vorgezogene Besetzung weiterer 60 Planstellen optimiert werden können. Dabei ist das besagte Konzept in der Fassung vom Juni 2015 entsprechend anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion zugestimmt.

Geänderter Beschluss:

I. Die Verwaltung wird beauftragt,

- c. eine Ordnungspartnerschaft für den Bereich Dom/ Hauptbahnhof und Altstadt mit den zuständigen Stellen der Landes- und Bundespolizei **anzustreben.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

II. Die Verwaltung wird beauftragt,

- a. Sofortmaßnahmen zur Umfeld-Verbesserung der Domumgebung einzuleiten, z.B. durch die Beleuchtung der Unterführung Johannisstraße, eine Erhöhung der Reinigungsfrequenz, um der Vermüllung entgegenzuwirken, das Aufräumen von vorhandenen Baustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

II. Die Verwaltung wird beauftragt,

- b. zu prüfen, ob und wie durch die Einrichtung einer „Sicherheitszone Dom / Domumgebung“ die Menschen und die Hohe Domkirche vor Beeinträchtigungen besser geschützt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

- III. Der Ausschuss fordert die Landesregierung auf, die Polizei und Justiz in Köln personell so auszustatten, dass das ausgegebene Ziel, „Köln zur sichersten Millionenstadt zu machen“, endlich erreicht werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der SPD-Fraktion und der Fraktion DieLinke.

Abschließend lässt der Vorsitzende über den gesamten Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

**10.1 Brüsseler Platz - Das Jahr 2015
3766/2015**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales beschließt:

1. Die Vereinbarungen des unter dem Dach des Verwaltungsgerichtes geschlossenen „Modus vivendi“ und die ergänzenden Maßnahmen der Stadt Köln in Form der erweiterten Außengastronomie, des Alternativangebotes am Aachener Weiher und der nächtlichen Reinigung des Platzes werden im Jahr 2016 fortgesetzt.
2. Die Einsätze des Ordnungsdienstes werden im Jahr 2016 wie im Vorjahr auf das Kontrollieren und Ahnden von Ordnungswidrigkeiten beschränkt.
3. Die persönlichen Ansprachen und Ruheappelle der Platzbesucherinnen und -besucher sollen wieder von Vermittlerinnen und Vermittlern übernommen werden. Dazu ist ein externer Dienstleister zu beauftragen, der jedes zweite Wochenende und an Abenden vor einen gesetzlichen Feiertag die Vermittlerinnen und Vermittler bereitstellt und ein nachhaltiges Einsatz- und Vorgehenskonzept erarbeitet.
4. Für die folgenden Maßnahmen ist weiterhin ein Sicherheitservice zu beauftragen, der
 - die Bestandsaufnahme vor Ort und
 - die Begleitung des Reinigungsfahrzeuges übernimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.2 Verhandlungen über die Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung des Landes NRW in Köln 3776/2015

Herr Joisten fragt an die Verwaltung gerichtet nach, inwiefern es ein Signal aus dem ehrenamtlichen Bereich gäbe, sich einzubringen, und wie die Unterstützung vor Ort aussehen könnte.

Herr Stadtdirektor Kahlen antwortet, dass sich hierzu die zuständige Bezirksregierung am Tag nach der Ratssitzung (03.02.2016) mit Repräsentanten der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern und der Stadt treffe.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt, der Bezirksregierung Köln für die Dauer von fünf Jahren das sog. Hufeisengrundstück in Köln-Marsdorf zur Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) für die kurzfristigen Erstaufnahme von 1500 Flüchtlingen in der Verantwortung des Landes NRW zu überlassen (siehe Lageplan, Anlage 1).

Nach den derzeit laufenden Abstimmungen des Landes wird das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Beschleunigung der Verfahren auf dem Grundstück eine Nebenstelle einrichten.

2. Der Rat genehmigt den Entwurf des öffentlichen-rechtlichen Vertrages gemäß Anlage 2.
3. Die Stadt unterstützt das Land NRW bei den Aufgaben der EAE durch die Übernahme der Registrierung durch die Zentrale Ausländerbehörde Köln (ZAB Köln). Die ZAB Köln setzt dabei ggf. Fremdpersonal gegen Kostenerstattung mit ein.
4. Die Stadt wird ermächtigt, bei Bedarf auf diesem Grundstück der Erstaufnahmeeinrichtung eine Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge einzurichten.
5. Der Rat empfiehlt der Bezirksregierung Köln, die Tätigkeit von freiwilligen Helferinnen und Helfern in der vorgesehenen Kleiderkammer der EAE zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.3 Ahndung von Ordnungswidrigkeiten "Wildpinkler" 0230/2016

Herr Dr. Elster begrüßt die neue Staffelung der Beträge und schlägt vor, die Geldbeträge nach oben aufzurunden. Zudem fehle in der Aufstellung explizit das Historische Rathaus.

Herr Richter fragt nach, ob die Bußgeldhöhe noch mehr gesteigert werden könne oder ob es eine rechtliche Grenze gäbe. Zudem bittet er darum, die Überschrift des Antrages zu gendern.

Herr Joisten begrüßt ebenfalls die Beschlussvorlage und merkt darüber hinaus an, dass es schwer sei, jemanden in flagranti zu erwischen und es daher ein Vollzugsdefizit gäbe. Er bittet daher das Amt für öffentliche Ordnung, hierzu Zahlen zu nennen, diese weiterhin nachzuhalten und Stellung zu beziehen, inwiefern 60 zusätzliche Ordnungskräfte helfen würden, für mehr Ordnung und Sauberkeit zu sorgen. Insbesondere der Vollzug sei wichtig, um mehr Verstöße ahnden zu können.

Herr Görzel merkt an, dass alle religiösen Gruppen den zusätzlichen Schutz verdient hätten und dementsprechend Verstöße an religiösen Gebäuden generell, und nicht nur an Kirchen, zu einem erhöhten Bußgeld führen sollten. Letztendlich würden auch die besten Satzungen nicht helfen, wenn man den erhöhten Bußgeldkatalog aufgrund von zu wenig Personal nicht umsetzen könne. Für die bevorstehenden Karnevalstage könne ggf. auf Aushilfspersonal zurückgegriffen werden.

Herr Rummel antwortet, dass sich die unrunder Beträge aus dem Vorschlag, die Beträge um 50% anzuheben, ergeben hätten. Bis zur Ratssitzung würden diese Beträge gerundet werden. Er schlägt vor, dass bei der Auflistung hinter „Verstöße an Kirchen“ der zusätzliche Text „anderen religiösen und historischen Gebäuden“ eingefügt werde.

Der Bußgeldrahmen reiche bis 1.000 EUR; Grundlage zur Bemessung eines Bußgeldes sei die Schwere der Tat. Orientieren würde man sich auch an den von Gerichten bei Strafverfahren verhängten Tagessätzen. Da Kölner Gerichte oft niedriger werten würden und die Schwere nicht anerkennen, müsse man sich in einem Rahmen bewegen, der angemessen zur Tat stehe. Die Staffelung sei letztlich eine Aufschlüsselung wie respektlos jemand bei der Tat vorgehe. Diese gestaffelte Unterscheidung sei auch deshalb sinnvoll, weil gegenüber dem Gericht nachgewiesen werden könne, dass man unterschiedlich bemesse. Mit der Staffelung sei man vor Gericht bislang gut zurechtgekommen, daher sollte sie nicht wesentlich geändert werden.

Hinsichtlich des Vollzugsdefizites sei es so, dass bspw. an Karneval insgesamt sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Feststellung einer Ordnungswidrigkeit benötigt würden: Zwei in Kommunikation mit der/dem Täter/in und vier zur Umgebungssicherung. Trotz dieses erheblichen Aufwandes seien bspw. in der Vergangenheit an Weiberfastnacht bis zu 300 Verstöße festgestellt worden. Ansonsten hätten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Regel Sonderaufgaben, insbesondere der Bezirksordnungsdienst solle gestärkt werden. Bei der nächsten Sitzung des Ausschusses würde es sich anbieten, über die Stärkung des Bezirksordnungsdienstes in Verbindung mit der laufenden Diskussion über die Zusetzungen des Ordnungsdienstes zu diskutieren. Je größer der Personalstamm sei, umso präsenter könne die Stadt auch an anderen Orten, z. B. dem Brüsseler Platz, sein.

Herr Stadtdirektor Kahlen merkt an, dass mit den neuen Beträgen der Bereich des Bußgeldes erreicht werde. Die Grenze zum Verwarngeld, das sofort ohne nachfolgende Verfahren einkassiert werde, sei 55 EUR. Die Verwaltung glaube jedoch, dass mit der reinen Personenfeststellung und anknüpfenden Bußgeldverfahren die Ressourcen ökonomischer eingesetzt werden würden. Der Verstoß könne sowieso nicht mehr gegenstandslos gemacht werden. Zwar wäre am Aschermittwoch weniger Geld in der Kasse, doch würde es wahrscheinlich zu mehr Bußgeldverfahren kommen. Einen Er-

fahrungsbericht nach sechs Monaten Testphase würde die Verwaltung anschließend vorlegen.

Herr Rummel erläutert, dass der erzieherische Charakter des Verwarngeldes im Vergleich zum Bußgeld, d. h. die unmittelbare Zahlung gegenüber einer Zahlung nach mehreren Monaten, gewahrt werden solle, indem die Fälle sehr schnell von der Bußgeldstelle bearbeiten würden, so dass nach zwei Tagen die Bußgeldbescheide abgeschickt und damit die sofortige Vollziehung der Geldbuße sichergestellt werden würde.

Herr Wiener fragt nach, ob durch den Zusatz („anderen religiösen und historischen Gebäuden“) der Dom nicht mehr gesondert aufgelistet werde, was aber aufgrund seines Wahrzeichencharakters so beibehalten werden solle.

Herr Rummel bestätigt, dass die gesonderte Stellung des Domes bestehen bleibe.

Herr Hegenbarth merkt an, dass der erzieherische Rahmen nicht nur durch die Erhöhung der Ordnungsgelder, sondern auch durch eine bessere Verhinderung gewahrt werden solle. Er fragt daher nach, ob der Einsatz von mobilen Toiletten etc. erhöht werde.

Herr Rummel verweist auf die Mitteilung zu den Sicherheitsmaßnahmen [TOP 4.9]: Es seien zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Toilettensituation eingeplant.

Herr Mees merkt an, dass es für die öffentliche Wirkung am sinnvollsten sei, einen einzigen (einschlägigen) Geldbetrag festzuhalten, so dass jede Bürgerin bzw. jeder Bürger wisse, was das Wildpinkeln kosten würde. Eine differenzierte Aufstellung wie geplant sei zwar nachvollziehbar, nehme aber die PR-Wirkung. Frau Oberbürgermeisterin Reker hätte im Rahmen ihrer Kandidatur mit dem Betrag in Höhe von 111,00 Euro eine Zahl vorgeschlagen, die in den Köpfen der Kölnerinnen und Kölner fest verankert sei.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

Beschluss:

Der Rat bestätigt aus gegebenem Anlass (aktuelle Erfahrungen vom 11.11.2015 und Ausschreitungen in der Silvesternacht 2015/16), die von der Verwaltung neu festgesetzten Beträge zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Rahmen der Kölner Stadtordnung (hier: „Wildpinkeln“). Die Beträge sollen bereits an den Karnevalstagen im Februar 2016 erhoben werden.

Die neue Staffelung ergibt sich aus der nachfolgenden Auflistung:

- Einfache Verstöße
60,00 Euro
(z. B. an Bäume/auf Grünflächen)

- Einfache Verstöße an den Karnevalstagen
82,50 Euro (**nach oben aufzurunden**)

- Verstöße an besonderen Orten
90,00 Euro
(z. B. in Kellern/an Hauswänden)

- Verstöße auf Spielplätzen
112,50 Euro (**nach oben aufzurunden**)
- Verstöße an Kirchen, **anderen religiösen und historischen Gebäuden**
120,00 Euro
- Verstöße am Dom
150,00 Euro

Durch diese Erhöhung der Beträge werden die Verstöße generell in den Bereich einer nicht mehr geringfügigen Ordnungswidrigkeit angesiedelt, mit der Folge, dass entsprechende Zuwiderhandlungen grundsätzlich im Rahmen eines Bußgeldverfahrens geahndet werden.

Diese Verfahrensweise soll auch eine langwierige Bindung des Ordnungspersonals hinsichtlich einer zeitintensiven Überzeugungsarbeit, ein Verwarnungsgeld direkt zu bezahlen, vermeiden. Hieraus ergeben sich dann Ressourcen, die wirkungsvoll bei anderen Eingriffsmöglichkeiten genutzt werden können.

Das neue Verfahren soll nach einem halben Jahr ausgewertet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.4 Benennung von Mitgliedern in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit nach § 379 Abs. 3 SGB III
0051/2016**

Beschluss:

Der Ausschuss verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

Bernd Petelkau
Vorsitzender

Monika Krüger
Schriftführer